

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau

Sitzungstermin:	Freitag, 28.11.2025, 14:30 Uhr
Raum, Ort:	Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig
Beginn:	14:30 Uhr
Ende:	19:03 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Detlef Kühn - SPD

Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Frau Sonja Lerche - SPD

Herr Burim Mehmeti - SPD

Herr Ulrich Volkmann - SPD

Herr Rochus Jonas - B90/GRÜNE

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Gerrit Stühmeier - CDU

Herr Thorsten Wendt - CDU

Frau Antoinette von Gronefeld - CDU

Herr Thomas Behrens - Die FRAKTION. BS

Vertretung für: Frau Annette
Johannes; bis 17:37 Uhr
bis 15:55 Uhr

bis 18:35 Uhr

ab 15:43 Uhr

Vertretung für: Herrn Gerrit
Stühmeier bis 15:43 Uhr

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS

Herr Carsten Lehmann - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

bis 17:43 Uhr

Vertretung für: Frau Anneke vom
Hofe

sachkundige Bürger

Herr Andreas Becker - Bürgermitglied

Herr Hans-Joachim Jäger - Bürgermitglied

Frau Maike Schwarz - Bürgermitglied

Frau Dr. Eva Goclik - vom Umweltzentrum benannte
Vertreterin der Umweltverbände
Herr Issa Bashiti - Vertreter des Jugendparlaments

Verwaltung

Frau Anna Katharina Hanusch - Dezernentin VIII
Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III
Frau Bianca Winter - RefL 0600
Herr Dirk Franke - FBL 65
Herr Bernd Schmidbauer - FBL 61
Frau Merle Spanuth - Dezernat VIII
Herr Thomas Bartels - Stelle 61.12
Frau Natalja Kopycko - Stelle 61.12
Frau Tino Carola Mauritz - StL 61.13
Herr Hermann Mensink - StL 61.31
Herr Rainer Mollerus - AbtL 61.1
Frau Katja Sellmann - StL 61.02
Frau Kyra Tiebel - Stelle 61.32
Frau Winona Welk - Stelle 61.31
Herr Thomas Gekeler - FBL 68
Herr Matthias Hots - StL 68.31

Protokollführung

Frau Pauline Becker - Ref 0600
Herr Holger Ender - Ref 0600

Gäste

Herr Karlheinz Günther - Seniorenrat Braunschweig
Herr Joachim Sterl – postwelters + partner mbH

Abwesend **Mitglieder**

Frau Annette Johannes - SPD	entschuldigt
-----------------------------	--------------

weitere Mitglieder

Frau Anneke vom Hofe - AfD	entschuldigt
----------------------------	--------------

sachkundige Bürger

Herr Andreas Kiefer - Bürgermitglied	entschuldigt
Herr Leonhard Pelster - Bürgermitglied	entschuldigt
Herr Amir Touhidi - Bürgermitglied	entschuldigt
Herr Detlev Lunge - vom Vorstand des Behindertenbeirates bestimmter Vertreter	entschuldigt

Verwaltung

Frau Katja Langer - RefL 0650	entschuldigt
-------------------------------	--------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.09.2025
(öffentlicher Teil)
3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.10.2025
(öffentlicher Teil)
4. Mitteilungen
- 4.1. Bahnstadt Braunschweig, Information zum Schwammstadt- und Stadtnaturkonzept 25-26847
- 4.2. Bahnstadt Braunschweig, Ringgleis - "Brückenschlag-Süd" 25-26848
5. Anträge
- 5.1. Einrichtung eines Tagesordnungspunktes "Sachstand Sanierung Rathaus-Neubau" 25-26960
- 5.2. Einrichtung eines Tagesordnungspunktes "Sachstand Sanierung Rathaus-Neubau" 25-26960-01
6. Neuaufstellung Flächennutzungsplan 2040 - Vorentwurf zur frühzeitigen Beteiligung 25-26862
7. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Rautheim-Möncheberg", RA 29, Stadtgebiet zw. den Straßen Lehmweg, Am Rautheimer Holze und Ortslage Rautheim (Geltungsbereich A), Stadtgebiet Gem. Rünigen, Flur 4, Flst. 90/5 (GB. B), Stadtgebiet Gem. Rünigen, Flur 3, Flst. 411 (GB. C), Stadtgebiet Gem. Broitzem, Flur 1, Flst. 110/15 (GB. D), Stadtgebiet Gem. Rautheim, Flur 4, Flst. 199/2 (GB. E) Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss, Rücknahme von Teilen des Aufstellungsbeschlusses 25-26953
8. 154. Änderung des Flächennutzungsplanes "Schefflerstraße-Süd" Stadtgebiet zwischen Schefflerstraße, westlich Kleingartenanlage Sonnenschein e. V., nördlich der Autobahn BAB 39, östlich Salzdahlumer Straße Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB 25-26936
9. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Schefflerstraße Süd", AW 117 Stadtgebiet zwischen Schefflerstraße Salzdahlumer Straße A 39 und Schwartzkopffstraße (Geltungsbereich A) Stadtgebiet Flurstücke 58 und 59, Flur 11, Gemarkung Hondelage (Geltungsbereich B) Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB 25-26920

10.	123. Änderung des Flächennutzungsplanes "Feldstraße" Stadtgebiet zwischen Feldstraße, Kleine Mittelriede und Schölke Behandlung der Stellungnahmen, Planbeschluss	25-26805
11.	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Feldstraße-Süd, 1. Bauabschnitt", AP 23 Stadtgebiet zwischen Feldstraße und Schölke (Geltungsbereich A), Stadtgebiet Gemark. Ölper, Flur 4, Fl.st. 402/15 und 403/4 (Geltungsbereich B), Stadtgebiet Gemark. Querum, Flur 4 Flst. 64/8 (Geltungsbereich C), Stadtgebiet Gemark. Veltenhof, Flur 7, Flst. 260/42 u. 261/42 (Geltungsbereich D) Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss, Rücknahme von Teilen des Aufstellungsbeschlusses	25-26905
12.	162. Änderung des Flächennutzungsplanes "Solarflächen Völkenrode-Nord" Stadtgebiet zwischen Deponie Watenbüttel, Völkenroder Mühlenweg und Mittellandkanal Behandlung der Stellungnahmen, Planbeschluss	25-25890
13.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Solarflächen Völkenrode - Nord", VK 27 Stadtgebiet zwischen Deponie Watenbüttel, Völkenroder Mühlenweg und Mittellandkanal (Geltungsbereich A) Stadtgebiet zwischen Mittellandkanal und Bahnstrecke, nördlich Wischenholz (Geltungsbereich B) Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	25-25880
14.	Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Solarflächen Völkenrode - Nord", VK27, im Stadtgebiet zwischen der Deponie Watenbüttel, Völkenroder Mühlenweg und dem Mittellandkanal	25-25906
15.	Abschluss einer fünften Vereinbarung mit der Richard Borek Stiftung über die gemeinsame finanzielle Förderung von Maßnahmen zu denkmalgeschützten Bauten und Anlagen im privaten und kirchlichen Eigentum für die Jahre 2026 bis 2030	25-26530
16.	Gymnasium HvF, Errichtung Containeranlage - Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	25-26901
17.	Verlängerung des Mietvertrages Bohlweg 51/52, EG, 1.+2. OG	25-26797
18.	Konzept für eine treibhausgasneutrale Stadtverwaltung gemäß §18 NKlimaG	25-26619
19.	Anfragen	
19.1.	Quartiersgaragen im Baugebiet Wenden-West vor dem Aus?	25-26959
19.1.1. (Neu)	Quartiersgaragen im Baugebiet Wenden-West vor dem Aus?	25-26959-01
19.2.	"FMC": erstrebenswerte Vision oder überspannte Bekämpfung von Trabanten-Vorstädten, die es in Braunschweig gar nicht gibt?	25-26961

19.2.1. "FMC": erstrebenswerte Vision oder überspannte Bekämpfung von
(Neu) Trabanten-Vorstädten, die es in Braunschweig gar nicht gibt?

25-26961-01

Protokoll

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Er hebt hervor, dass dies die letzte Sitzung von Stadtbaurat Leuer in diesem Ausschuss ist. Er würdigt die langjährige gute Zusammenarbeit mit Stadtbaurat Leuer und dankt ihm für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ratsherr Kühn wünscht Stadtbaurat Leuer für die verbleibende Zeit im Amt sowie für den Ruhestand alles Gute.

Er erläutert sodann, dass die Tagesordnungspunkte 6 und 18 gemeinsam mit dem Umwelt- und Grünflächenausschuss (UGA) behandelt werden, die Abstimmungen jedoch getrennt nach Ausschüssen erfolgen.

Er informiert darüber, dass Bürgermitglied Kiefer ab sofort Teil dieses Ausschusses ist. Ratsfrau Johannes wird durch Ratsfrau Lerche und Ratsfrau vom Hofe durch Ratsherrn Wirtz vertreten. Die Bürgermitglieder Kiefer und Pelster fehlen entschuldigt.

Als Gast der Sitzung kündigt er Herrn Sterl (postweltlers + partner mbB, zu TOP 6) an.

Er schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 6 und 18 direkt nach der Eröffnung der Sitzung (TOP 1) zu behandeln.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn lässt über die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

6. Neuaufstellung Flächennutzungsplan 2040 - Vorentwurf zur frühzeitigen Beteiligung 25-26862

Die Vorlage 25-26862 wird in gemeinsamer Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses (UGA) und des Ausschusses für Planung und Hochbau (APH) behandelt.

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 25-26862 ein.

In Absprache mit Stadtbaurat Leuer regt Ratsherr Kühn an, spezifische Fragen/Anregungen auch im Nachgang schriftlich einzureichen, um sie im Protokoll zu dokumentieren.

Herr Sterl stellt daraufhin die Grundzüge des Flächennutzungsplan-Entwurfs (FNP) anhand einer Präsentation vor.

Protokollnotiz: Die Präsentation ist diesem Protokoll unter Anlage 1 beigelegt.

Ratsherr Jonas regt an, potenzielle Waldflächen für Schulwaldprojekte zu prüfen und in den FNP aufzunehmen. Er verweist auf Fördermöglichkeiten durch die Niedersächsische Stiftung Wald. Stadtbaurat Leuer begrüßt den Vorschlag und regt an, das Thema textlich im FNP zu verankern, ohne es zeichnerisch darzustellen.

Protokollnotiz: Die von Ratsherrn Jonas dazu eingebrachte Protokollnotiz ist unter Anlage 2 diesem Protokoll beigelegt.

Bürgermitglied Räder fragt nach, warum FFH-Gebiete im Vorentwurf nicht berücksichtigt werden, obwohl übergeordnete Verkehrsplanungen wie die Okerspange enthalten sind. Herr Sterl erklärt, dass FFH-Gebiete als nachrichtliche Übernahmen berücksichtigt werden, da sie auf Fachgesetzen basieren.

Ratsfrau Arning erkundigt sich, wie Klimaschutzgesetze und Entsiegelungsmaßnahmen im FNP berücksichtigt wurden. Herr Sterl erläutert, dass die Auswirkungen auf das Klima in den Umwelt-Steckbriefen geprüft wurden, der FNP jedoch keine direkten Aussagen zur Entsiegelung enthält.

Ratsfrau Mundlos bittet um eine Liste der neuen und bestehenden Wohn- und Gewerbeflächen sowie der gestrichenen Flächen. Herr Sterl verweist auf die Steckbriefe und die Begründung, in denen diese Informationen enthalten sind. Stadtbaurat Leuer ergänzt, dass eine entsprechende Liste erstellt wird.

Frau Dr. Goclik fragt nach der Abstimmung des FNP mit dem regionalen Raumordnungsprogramm (RROP), den Auswirkungen von FFH-Gebieten und der Begrenzung der Neuflächenversiegelung. Herr Sterl erklärt, dass der FNP mit dem RROP zeitlich abgestimmt wird. Die FFH-Gebiete sowie deren Pufferzonen sind in die Bewertungen eingeflossen. Die Begrenzung der Neuflächenversiegelung wird berücksichtigt.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth zur Aufnahme der Radschnellwege in den FNP teilt Herr Sterl mit, dass diese bisher nicht aufgenommen wurden, sondern innerhalb der Siedlungsflächen dargestellt werden. Er sichert eine Prüfung zu, ob eine textliche Aufnahme oder ein Beiplan möglich ist.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Jonas teilt Herr Sterl mit, dass in der Begründung eine Flächenbilanz aufgeführt ist. Die Anzahl der Wohneinheiten ist daraus allerdings nicht ableitbar. Die in den Steckbriefen angegebenen Wohneinheiten sind nur als grobe Empfehlung zu verstehen, wie die Fläche zu entwickeln ist.

Frau Wanzelius äußert Bedenken hinsichtlich der zusätzlichen Flächenversiegelung, der Auswirkungen auf das Klima und des Wohnungsbedarfs. Stadtbaurat Leuer betont, dass die Bedarfe sorgfältig ermittelt wurden und die Bahnstadt ein Beispiel für eine Entwicklung ist, die sogar zu weniger Versiegelung führen kann, als es heute der Fall ist.

Protokollnotiz: Ratsherr Stühmeier nimmt ab 15:43 Uhr an der Sitzung teil.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Mundlos zur Umgehungsstraße zwischen Watenbüttel und Veltenhof teilt Herr Sterl mit, dass diese bisher Teil des FNP ist, da sie im Bundesverkehrswegeplan enthalten ist.

APH-Ausschussvorsitzer Ratsherr Kühn führt die Abstimmung zunächst für den APH und anschließend für den UGA durch.

Beschluss:

1. Dem Vorentwurf des Flächennutzungsplans wird als Arbeits- und Diskussionsgrundlage für die frühzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB zugestimmt.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an den VA):

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Die Vorlage 25-26619 wird in gemeinsamer Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses (UGA) und des Ausschusses für Planung und Hochbau (APH) behandelt.

Stadträtin Hanusch führt in die Vorlage 25-26619 ein. Herr Hots erläutert die wesentlichen Punkte des Konzepts anhand einer Präsentation.

Protokollnotiz: Ratsherr Mehmeti verlässt um 15:55 Uhr die Sitzung.

Ratsfrau von Gronefeld lobt die Übernahme des CDU-Vorschlags zum Energiespar-Contracting (ESC) und fragt nach der Berücksichtigung von BS Energy im Absenkpfad sowie nach einem Zeitplan für die Einbeziehung städtischer Gesellschaften. Herr Hots erklärt, dass der Transformationsplan von BS Energy noch nicht vorliegt und daher nicht eingepreist werden kann. Ein Zeitplan für die Einbeziehung städtischer Gesellschaften existiert noch nicht, da diese unterschiedlichen Voraussetzungen unterliegen.

Herr Hots sichert auf Nachfrage von Ratsherrn Jonas zum Dieserverbrauch im Jahr 2023 (4.3 Städtischer Fuhrpark) eine Überprüfung des Werts zu.

Ratsfrau Ohnesorge äußert Bedenken gegenüber dem ESC und zieht Parallelen zu Public-Private-Partnership-Modellen. Sie fragt nach Erfahrungen mit diesem Modell. Herr Hots erklärt, dass ESC ein etabliertes Modell ist, das von der Deutschen Energieagentur gefördert wird. Erste Erfahrungen wurden durch den Austausch mit anderen Kommunen wie Uelzen gesammelt. Stadträtin Hanusch ergänzt, dass die Stadtverwaltung regelmäßig über die Erfahrungen berichten wird.

Frau Wanzelius weist darauf hin, dass das größte Potenzial zur Treibhausgasminderung in der Wahl der Baustoffe liegt und bittet darum, die Kreislaufwirtschaft stärker zu berücksichtigen. Stadträtin Hanusch erklärt, dass bereits hohe Standards für Neubauten gelten, z. B. werden Materialien wie Holz oder Recycling-Beton genutzt. Stadträtin Hanusch sichert zu, das Thema Kreislaufwirtschaft noch stärker in den Fokus zu nehmen.

Auf die Nachfrage von Ratsherrn Schnepel zu Zwischenzielen im Konzept erklärt Herr Hots, dass diese aus operativer Sicht schwierig und nur mit viel Aufwand kontrollierbar sind. Aus diesem Grund wurde für dieses Konzept eine andere Strategie gewählt.

Ratsfrau Mundlos bittet darum, eine Übersicht über bereits umgesetzte Maßnahmen und geplante Prioritäten zu erstellen, um die Fortschritte transparenter zu machen. Stadträtin Hanusch sagt zu, eine Form der Darstellung zu prüfen.

Ratsherr Behrens kritisiert den linearen Absenkpfad und fordert ambitioniertere Ziele, insbesondere eine stärkere Reduktion in den Anfangsjahren und die Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2040. Er bittet um eine Darstellung der Emissionen im Vergleich zum Jahr 1990, um die Zielerreichung besser nachvollziehen zu können. Herr Hots erklärt, dass die Datenlage für 1990 unzureichend ist und die Erhebung dieser Daten die Kapazitäten der Verwaltung übersteigen würde.

Auf die Nachfrage von Bürgermitglied Ebert zur Bilanzierung sichert Stadträtin Hanusch eine Beantwortung im Nachgang zu.

Ratsherr Jonas schlägt vor, praktische Maßnahmen wie die Begrenzung von Heizkörpern in städtischen Gebäuden umzusetzen, um kurzfristig Energie einzusparen. Herr Franke erklärt, dass die Nachrüstung von Heizkörperventilen bereits stattfindet und in Gebäuden wie dem

B58 noch umgesetzt wird.

UGA-Ausschussvorsitzer Ratsherr Jonas führt die Abstimmung für den UGA durch, der APH nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Protokollnotiz: UGA-Ausschussvorsitzer Ratsherr Jonas ruft eine Beratungspause von 16:38-16:54 Uhr für den APH aus.

UGA-Ausschussvorsitzer Ratsherr Jonas schließt die Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses um 16:37 Uhr.

Protokollnotiz: Ratsherr Stühmeier verlässt zur Beratungspause die Sitzung um 16:38 Uhr.

Beschluss:

„1. Das angehängte Konzept für eine treibhausgasneutrale Stadtverwaltung (THGnV) gemäß §18 NKlimaG wird wie angehängt beschlossen“

„2. Die Federführung für Controlling und Monitoring liegt im Fachbereich Umwelt / Klimaschutzmanagement. Dort wird das Konzept sukzessive weiterentwickelt.“

„3. Das Konzept wird sukzessive auf die städtischen Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung übertragen.“

Ergebnis:

Die Vorlage 25-26619 wird zur Kenntnis genommen.

**2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.09.2025
(öffentlicher Teil)**

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

**3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.10.2025
(öffentlicher Teil)**

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

4. Mitteilungen

4.1. Bahnstadt Braunschweig, Information zum Schwammstadt- und Stadtnaturkonzept 25-26847

Stadtbaurat Leuer stellt die Mitteilung 25-26847 vor. Dabei schlägt er aufgrund der Komplexität vor, eine separate Veranstaltung außerhalb dieses Ausschusses zu organisieren, bei der das Gesamtkonzept umfassend präsentiert und diskutiert werden kann. Zu der Veranstaltung soll dieser Ausschuss, wie auch der Umwelt- und Grünflächenausschuss und der Stadtbezirksrat 130 eingeladen werden. Ein Termin für das erste Quartal 2026 ist noch in Planung.

Fragen/Anregungen zum Konzept können in der zusätzlichen Veranstaltung eingebracht werden.

Protokollnotiz: Ratsherr Stühmeier nimmt ab 17:00 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-26847 wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Bahnstadt Braunschweig, Ringgleis - "Brückenschlag-Süd" 25-26848

Stadtbaurat Leuer stellt die Mitteilung 25-26848 vor.

Ratsherr Kühn begrüßt die Mitteilung und fragt, ob im Zuge der Anpassung des Integrierten Entwicklungskonzepts (IEK) auch der Umfang des Gebiets Bahnstadt verändert werden muss. Stadtbaurat Leuer bestätigt dies und erklärt, dass der Fördermittelgeber bereits eine grundlegende Bereitschaft dazu signalisiert hat, die Details sind jedoch noch nicht abschließend geklärt.

Ratsherr Jonas begrüßt die Mitteilung ebenfalls und bedankt sich ausdrücklich bei der Verwaltung für ihr Engagement.

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-26848 wird zur Kenntnis genommen.

5. Anträge

5.1. Einrichtung eines Tagesordnungspunktes "Sachstand Sanierung Rathaus-Neubau" 25-26960

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu Stellungnahme 25-26960-01 (TOP 5.2).

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, nach § 49 (2) der Geschäftsordnung zur Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau am 28. November 2025 einen Tagesordnungspunkt mit dem Titel „Sachstand Sanierung Rathaus-Neubau“ einzurichten und dann den aktuellen Sachstand der vorgesehenen Sanierung (vor allem zu den Punkten Zeitplan Freizug und Wiedereinzug, Bauablauf und Kosten) zu berichten.

Ergebnis:

Der Antrag 25-26960 wurde in die Tagesordnung aufgenommen und das Sachthema beraten. Eine Abstimmung über den Antrag erfolgt nicht.

5.2. Einrichtung eines Tagesordnungspunktes "Sachstand Sanierung Rathaus-Neubau"

25-26960-01

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn übergibt Ratsfrau von Gronefeld das Wort, um den Antrag einzubringen.

Ratsfrau von Gronefeld erinnert daran, dass im Jahr 2021 ein Siegerentwurf für die Rathausanierung gekürt wurde und äußert Kritik daran, dass es bislang keinen aktuellen Sachstand gibt. Sie weist darauf hin, dass die Kosten laut Stellungnahme der Verwaltung deutlich über den im Haushalt angesetzten 25 Millionen Euro für die Jahre 2025 und 2026 liegen. Zudem erkundigt sie sich nach dem Zeitplan für den Auszug aus dem Rathaus bis 2026 und ob bereits Mittel aus dem Sondervermögen für die Maßnahme verwendet wurden.

Stadträtin Hanusch erläutert, dass das Ziel der Sanierung weiterhin darin besteht, sichere, energetisch und technisch zeitgemäße Bedingungen zu schaffen. Sie führt aus, dass die bisherigen Kostenschätzungen des Wettbewerbsentwurfs deutlich über den ursprünglichen Ansätzen liegen. Eine genauere Zahl kann noch nicht genannt werden, da diese von verschiedenen Faktoren abhängt und derzeit noch geprüft wird. Sie betont, dass die Verwaltung derzeit daran arbeitet, die Kosten detailliert aufzuschlüsseln, insbesondere in Bezug auf Haustechnik, energetische Fassadensanierung und Rückbau. Ziel ist es, eine Beschlussvorlage bis zum vierten Quartal 2026 vorzulegen, die auch in die Haushaltsberatungen einfließen kann. Stadträtin Hanusch stellt klar, dass bisher keine Mittel aus dem Sondervermögen verwendet wurden.

Herr Franke ergänzt, dass die Umzüge von den Baufortschritten am Aegidienmarkt und in der Auguststraße abhängen. Erste Umzüge, wie der des Fachbereichs 20 in den Heinrich-Büssing-Ring, sind bereits erfolgt. Weitere Umzüge, wie der des Referats 0300 in den Bereich Packhof, stehen bevor. Ziel ist es, das Rathaus so schnell wie möglich zu räumen, um Voruntersuchungen und Vorarbeiten durchführen zu können.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Jonas zu baulichen Gefährdungspotenzialen erklärt Herr Franke, dass Untersuchungen zum Tragverhalten und zu den Fassadenteilen durchgeführt wurden und keine Gefahren festgestellt wurden.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-26960-01 wird zur Kenntnis genommen.

7. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Rautheim-Möncheberg", RA 29, Stadtgebiet zw. den Straßen Lehmweg, Am Rautheimer Holze und Ortslage Rautheim (Geltungsbereich A), Stadtgebiet Gem. Rüningen, Flur 4, Flst. 90/5 (GB. B), Stadtgebiet Gem. Rüningen, Flur 3, Flst. 411 (GB. C), Stadtgebiet Gem. Broitzem, Flur 1, Flst. 110/15 (GB. D), Stadtgebiet Gem. Rautheim, Flur 4, Flst. 199/2 (GB. E) Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss, Rücknahme von Teilen des Aufstellungsbeschlusses

25-26953

Ratsfrau Mundlos hebt positiv hervor, dass viele Anregungen der Bürger/innen aufgenommen wurden. Zudem erwähnt sie einen Brief der ihr zugegangen ist, in dem kritisiert wird, dass die Planung der Stadtbahn nach Rautheim seit 2022 vernachlässigt wurde und bittet Stadtbaurat Leuer um Stellungnahme.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass die Stadtbahnprojekte Volkmarode und Rautheim mit erster Priorität bearbeitet werden. Er räumt ein, dass es aufgrund komplexer Abstimmungen, etwa bei Brückenbauwerken, zu Verzögerungen gekommen ist.

Ratsfrau Jalyschko kündigt an, dass ihre Fraktion dem Satzungsbeschluss nicht zustimmen wird. Sie lobt jedoch den konstruktiven Austausch und die Verbesserungen am Bebauungsplan. Sie kritisiert die weitere Flächenversiegelung und äußert Zweifel an der Realisierung der Stadtbahn bis 2030. Sie plädiert dafür, den Bebauungsplan zu einem späteren Zeitpunkt umzusetzen.

Frau Dr. Goclik weist auf die Nähe des Baugebiets zum FFH-Gebiet Mascheroder- und Rautheimer Holz hin und kritisiert die ihrer Ansicht nach unzureichende FFH-Vorprüfung. Sie schlägt vor, die südliche Hälfte des Baugebiets aus dem Bebauungsplan herauszunehmen. Herr Mollerus entgegnet, dass der Abstand zum FFH-Gebiet etwa 170 Meter beträgt und die Vorprüfung von den zuständigen Fachdienststellen betrachtet wurde.

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und gemäß § 4 a (3) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 6 und Nr. 7 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan (mit örtlicher Bauvorschrift) „Rautheim-Möncheberg“, RA 29, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.
4. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Rautheim-Möncheberg“, RA 29, vom 11.10.2022 wird für die in Anlage Nr. 8 dargestellten Flächen aufgehoben.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an den VA und Rat):

dafür: 6 dagegen: 3 Enthaltungen: 1

- | | | |
|----|---|-----------------|
| 8. | 154. Änderung des Flächennutzungsplanes "Schefflerstraße-Süd" Stadtgebiet zwischen Schefflerstraße, westlich Kleingartenanlage Sonnenschein e. V., nördlich der Autobahn BAB 39, östlich Salzdahlumer Straße Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB | 25-26936 |
|----|---|-----------------|

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu Vorlage 25-26920 (TOP 9).

Beschluss:

1. Dem Entwurf der 154. Änderung des Flächennutzungsplanes „Schefflerstraße-Süd“ sowie der Begründung mit Umweltbericht wird zugestimmt.
2. Zu den Entwürfen ist die Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an den VA):

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

9. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Schefflerstraße Süd", AW 117 Stadtgebiet zwischen Schefflerstraße Salzdahlumer Straße A 39 und Schwartzkopffstraße (Geltungsbereich A) Stadtgebiet Flurstücke 58 und 59, Flur 11, Gemarkung Hondelage (Geltungsbereich B) Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB **25-26920**

Die Vorlagen 25-26936 und 25-26920 werden zusammen behandelt. Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlagen ein. Frau Mauritz stellt den Entwurf des Bebauungsplans anhand einer Präsentation vor.

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche verlässt die Sitzung um 17:37 Uhr.

Ratsherr Jonas weist darauf hin, dass die in Anlage 3b der Vorlage 25-26920 dargestellte Fläche (Flur 11, Flurstück 58) nach einem Beschluss im Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung dem Flughafen für Kompensationsmaßnahmen zur Verfügung gestellt wurde und bittet um Überprüfung dessen, damit keine Doppelbelegung erfolgt. Frau Mauritz teilt mit, dass die Ausgleichsmaßnahmen nur auf einem Teilstück des Flurstücks vorgesehen sind.

Protokollnotiz: Auf Flurstück 58 ist nur eine Teilfläche als Kompensation für den Flughafen aufgewendet (14.814 m²). Es verbleiben zuzüglich zum gesamten Flurstück 59 weitere 16.754 m² von Flurstück 58. Es stehen im Geltungsbereich somit 27.365 m² für die Kompensation von AW 117, also deutlich mehr als benötigt, zur Verfügung. Es liegt somit keine Doppelbelegung der Ausgleichsflächen vor.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Goclik zur Aufforstung von einem Hektar Wald erklärt Frau Mauritz, dass der Ausgleichsbedarf geringer ist als zunächst erwartet, insbesondere wurde keine Waldfläche überplant, daher ist diese Ausgleichsmaßnahme nicht nötig.

Ratsfrau Jalyschko begrüßt den Bebauungsplan und findet, dass dieser ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Bahnstadt ist. Sie hebt u. a. positiv hervor, dass der Stadtgarten erhalten wird. Hinsichtlich des Baus einer Kita regt sie an, dass dieser eng mit der bestehenden Kita abgestimmt werden sollte, um keine Konkurrenzsituation zu erzeugen.

Hinsichtlich verschiedener Fragen zum Kreuzungsbereich der Planstraße A und der Salzdahlumer Straße erläutert Stadtbaurat Leuer, dass zwei Linksabbieger-Spuren notwendig sind, dies wurde ausführlich geprüft. Hintergrund ist, dass das reibungslose Funktionieren der Autobahnabfahrt von dem Verkehrsfluss auf der Salzdahlumer Straße abhängig ist. Zudem soll auf der Salzdahlumer Straße die Stadtbahn bevorrechtigt fahren. Dies führt zu größeren Grünzeitanteilen auf der Salzdahlumer Straße und geringeren auf der Planstraße A. Nur mit zwei Linksabbieger-Spuren ist die Planstraße A so noch leistungsfähig. Hinsichtlich der Borsigstraße führt Stadtbaurat Leuer aus, dass noch offen ist, ob ein Modalfilter erforderlich wird, um Ausweichverkehre zu verhindern. Da die Planstraße A aber leistungsfähig geplant wird, ist kaum mit Ausweichverkehren zu rechnen.

Beschluss:

1. Dem Entwurf des Bebauungsplanes mit örtlicher Bauvorschrift „Schefflerstraße Süd“, AW 117, sowie der Begründung mit Umweltbericht wird zugestimmt.
2. Zu den Entwürfen ist die Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an den VA):

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

**10. 123. Änderung des Flächennutzungsplanes "Feldstraße"
Stadtgebiet zwischen Feldstraße, Kleine Mittelriede und
Schölke Behandlung der Stellungnahmen, Planbeschluss**

25-26805

Wortbeiträge siehe Protokollierung zu Vorlage 25-26905 (TOP 11).

Beschluss:

1. Die während der Beteiligungen der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 3, Nr. 4 und Nr. 5 zu behandeln.
2. Die 123. Änderung des Flächennutzungsplanes „Feldstraße“ wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an den VA und Rat):

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

**11. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Feldstraße-Süd, 1.
Bauabschnitt", AP 23 Stadtgebiet zwischen Feldstraße und
Schölke (Geltungsbereich A), Stadtgebiet Gemark. Ölper, Flur
4, Fl.st. 402/15 und 403/4 (Geltungsbereich B), Stadtgebiet
Gemark. Querum, Flur 4 Flst. 64/8 (Geltungsbereich C),
Stadtgebiet Gemark. Veltenhof, Flur 7, Flst. 260/42 u. 261/42
(Geltungsbereich D) Behandlung der Stellungnahmen,
Satzungsbeschluss, Rücknahme von Teilen des
Aufstellungsbeschlusses**

25-26905

Die Vorlagen 25-26805 und 25-26905 werden zusammen behandelt. Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlagen ein.

Ratsfrau Kluth bedankt sich für die Ausführungen und fragt nach der Ausgestaltung des Quartiersplatzes, da er in ihren Augen als soziales Herzstück des Quartiers eine besondere Bedeutung hat.

Herr Mollerus bestätigt, dass der Bereich nicht allein der Verkehrsfunktion dienen soll, sondern eine hohe Aufenthaltsqualität durch Begrünung und wohnergänzende Nutzungen (z.B. Kioske, Bäckereien, Apotheken) erhalten soll. Auf Anregung von Ratsfrau Kluth, die Kfz-Stellplätze in diesem Bereich zu überdenken entgegnet Herr Mollerus, dass die Stellplätze für weniger mobile Bewohner/innen notwendig sind und die Wegesituation zwischen Quartiersplatz und Wasserfläche dadurch nicht gefährdet wird.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Goclik zur Berücksichtigung von Fassadenbegrünung und Fahrradabstellplätzen im Bebauungsplan erklärt Herr Mollerus, dass der Plan aus einem ergänzenden Verfahren stammt das nur marginale Änderungen erlaubt, weshalb diese Aspekte nicht aufgenommen wurden. Auf Nachfrage bestätigt er, dass ein städtebaulicher Vertrag geplant ist, in dem solche Punkte nachträglich berücksichtigt werden.

Ratsherr Behrens lobt den Bebauungsplan als gelungen, äußert jedoch Bedenken hinsichtlich des Durchgangsverkehrs. Er weist darauf hin, dass Tempo-30-Zonen und Verschwenkungen möglicherweise nicht ausreichen, um Schleichverkehr zu verhindern, und fragt nach der Möglichkeit, einen Modalfilter einzurichten.

Herr Mollerus erklärt, dass der Bebauungsplan dies nicht ausschließt, jedoch derzeit keine Veranlassung besteht, da das Verkehrsgutachten keine signifikanten Durchgangsverkehre

prognostiziert. Stadtbaurat Leuer ergänzt, dass die Verteilung des Verkehrs auf zwei Seiten bewusst gewählt wurde, um eine gleichmäßige Belastung zu gewährleisten. Er betont, dass die Stadt die Entwicklung beobachten und bei Bedarf Maßnahmen ergreifen wird.

Ratsfrau Jalyschko schließt sich der positiven Bewertung des Bebauungsplans an, regt jedoch an, die Gestaltung des Quartiersplatzes und der Verkehrsflächen genauer zu prüfen. Sie betont, dass bauliche Maßnahmen erforderlich sind, um die Aufenthaltsqualität zu sichern und Konflikte zwischen verschiedenen Verkehrsteilnehmern zu vermeiden.

Protokollnotiz: Ratsfrau Kluth und Ratsfrau Mundlos verlassen nach der Abstimmung zu Vorlage 25-26905 die Sitzung um 18:35 Uhr.

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und gemäß § 4 a (3) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 6, Nr. 7, Nr. 8, Nr. 9 und Nr. 10 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Feldstraße-Süd, 1. Bauabschnitt“, AP 23, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.
4. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Feldstraße-Süd, 1. Bauabschnitt“, AP 23 vom 24.06.2014 wird für die in Anlage Nr. 11 dargestellten Flächen aufgehoben.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an den VA und Rat):

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- | | | |
|------------|--|-----------------|
| 12. | 162. Änderung des Flächennutzungsplanes "Solarflächen Völkenrode-Nord" Stadtgebiet zwischen Deponie Watenbüttel, Völkenroder Mühlenweg und Mittellandkanal Behandlung der Stellungnahmen, Planbeschluss | 25-25890 |
|------------|--|-----------------|

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 3 und Nr. 4 zu behandeln.
2. Die 162. Änderung des Flächennutzungsplanes „Solarflächen Völkenrode-Nord“ wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an den VA und Rat):

dafür: 7 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

13. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Solarflächen Völkenrode - Nord", VK 27 Stadtgebiet zwischen Deponie Watenbüttel, Völkenroder Mühlenweg und Mittellandkanal (Geltungsbereich A) Stadtgebiet zwischen Mittellandkanal und Bahnstrecke, nördlich Wischenholz (Geltungsbereich B) Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss** **25-25880**

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß Anlage 6 und Anlage 7 zu behandeln.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Solarflächen Völkenrode-Nord“, VK 27, bestehend aus der Planzeichnung und den Textlichen Festsetzungen sowie dem zugehörigen Vorhaben- und Erschließungsplan mit Beschreibung des Vorhabens wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an den VA und Rat):

dafür: 7 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

14. **Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Solarflächen Völkenrode - Nord", VK27, im Stadtgebiet zwischen der Deponie Watenbüttel, Völkenroder Mühlenweg und dem Mittellandkanal** **25-25906**

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss:

„Dem Abschluss eines Durchführungsvertrages zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Solarflächen Völkenrode - Nord“, VK 27, zwischen der Stadt Braunschweig und der SESP Photovoltaik Völkenrode GmbH & Co. KG (Vorhabenträgerin), mit den unter Vertragsinhalte aufgeführten wesentlichen Inhalten wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 7 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

15. **Abschluss einer fünften Vereinbarung mit der Richard Borek Stiftung über die gemeinsame finanzielle Förderung von Maßnahmen zu denkmalgeschützten Bauten und Anlagen im privaten und kirchlichen Eigentum für die Jahre 2026 bis 2030** **25-26530**

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 25-26530 ein.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos nimmt ab 18:39 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Beschluss:

„Dem Abschluss einer fünften Vereinbarung mit der Richard Borek Stiftung über die gemeinsame finanzielle Förderung von Maßnahmen zu denkmalgeschützten Bauten und Anlagen im privaten und kirchlichen Eigentum für die Jahre 2026 bis 2030 wird zugestimmt.“

dafür: 7 dagegen: 1 Enthaltungen: 0

25-26901

Ratsherr Kühn fragt darüber hinaus, ob die Schule nur vorübergehend fünfzügig ist. Herr Franke führt aus, dass gemäß der Schulentwicklungsplanung derzeit eine temporäre Welle zu verzeichnen ist, die in den kommenden fünf Jahren wieder abklingen soll.

Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Fachbereiches Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 15.10.2025 auf 944.300,00 € festgestellt.

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

25-26797

Der Verlängerung des Mietvertrages Bohlweg 51/52, EG, 1.+2. OG um 10 Jahre mit der Option, mieterseits zweimal um 3 Jahre zu verlängern, wird zugestimmt.

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

25-26959

Die Stellungnahme 25-26959-01 wird zur Kenntnis genommen.

19.1.1. Quartiersgaragen im Baugebiet Wenden-West vor dem Aus? 25-26959-01

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-26959-01 wird zur Kenntnis genommen.

19.2. "FMC": erstrebenswerte Vision oder überspannte Bekämpfung von Trabanten-Vorstädten, die es in Braunschweig gar nicht gibt? 25-26961

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-26961-01 wird zur Kenntnis genommen.

19.2.1. "FMC": erstrebenswerte Vision oder überspannte Bekämpfung von Trabanten-Vorstädten, die es in Braunschweig gar nicht gibt? 25-26961-01

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-26961-01 wird zur Kenntnis genommen.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn schließt die Sitzung um 19:03 Uhr.

gez. Kühn
Kühn
- Vorsitz -

gez. Leuer
Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Hanusch
Hanusch
- Stadträtin -

gez. Becker
Becker
- Schriftführung -